Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uh
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Mittwoch, den 9. März 1881. Nr. 114.

Deutscher Reichstag.

10. Sitzung vom 8. März.

Präsident v. Goßler eröffnet die Sitzung um 12¼ Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: von Böttticher, Scholz, Graf Bassewitz, von Prollius, von Fabre du Faur, Tiedemann.

Die Kommission zur Vorberathung des Gesetzentwurfs betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der Reichsbeamten hat sich konstituirt und den Abg. von Bernuth zu ihrem Vorsitzenden gewählt.

Tagesordnung:

I. Mündlicher Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission betreffend die Frage über die Fortdauer des Mandates des Abg. Freiherrn von Hertling.

Die Kommission beantragt, das Mandat des Abg. Freiherrn von Hertling durch seine Ernennung zum außerordentlichen Professor der Universität Bonn für nicht erloschen zu erklären.

Das Haus beschli.ßt demgemäß.

II. Eiste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung der Artikel 13, 24, 69 und 72 der Reichsverfassung (Herbeiführung zweijähriger Budgets und vierjähriger Legislatur-Perioden) in Verbindung mit den Antrage Rickert, Fertigstellung des Etatsgesetzes für das Reich vor den Etatsgesetzen der Einzelstaaten.

Abg. v. Bennigsen erklärt sich gegen den Gesetzentwurf. Redner spricht zunächst seine Verwunderung darüber aus, daß die verbündeten Regierungen diese Vorlage abermals eingebracht, obgleich nicht bekannt geworden, daß im vergangenen Jahre seitens der verbündeten Regierungen oder vom Fürsten Bismarck eine Anregung für die Durchberathung dieses Gesetzentwurfs gegeben ist. Hier handele es sich um eine Vorlage, die, wenn sie Gesetz wird, die ganze politische Stellung des Parlaments wesentlich beeinträchtigen würde. Seine politischen Freunde würden einstimmig gegen die Vorlage stimmen. Redner geht nunmehr auf die praktischen und politischen Gesichtspunkte dieser Gesetzesvorlage ausführlich ein. Eine Annahme derselben würde keine sachlichen Vortheile, wohl aber ganz erhebliche praktische Nachtheile zur Folge haben. Wirkliche Vortheile würden sich dagegen bei Annahme des Rickert'schen Antrages erzielen lassen; die Landtage würden dann jedesmal für den Etat feste Zahlen vor sich haben, für die Feststellung des Etats in den Einzelstaaten würden dann Schwierigkeiten und Inkonvenienzen nicht mehr vorhanden sein. Die Vorlage würde den damit verbundenen Zweck niemals erreichen, denn sie hat zur Voraussetzung, daß auch in den Einzellandtagen eine gleiche Maßregel zur Durchführung gelangt. An den Verhandlungen über den Etat würde bekanntlich eine Kritik der ganzen Verwaltung geknüpft und diese Kritik habe in Preußen seit Beginn des Kulturkampfes Dimensionen angenommen, welche es der Centrumspartei — er wisse allerdings nicht, welche Stellung dieselbe dieser Frage gegenüber einnehme — unmöglich macht, in Preußen für eine solche Maßregel zu stimmen. So lange der Kulturkampf dauere, könne das Centrum hierauf nicht eingehen, es kann nicht darauf verzichten, die Beschwerden seiner Wähler in jedem Jahre zur Kenntniß der Regierung und des Landes zu bringen. Solle ferner die Aufstellung des Etats einen ernsthaften Werth haben, dann müßten die Zahlen der Ausgaben und Einnahmen wenigstens mit annähernder Sicherheit aufgestellt werden können. Bei der Aufstellung eines zweijährigen Etats sei diese Sicherheit nicht mehr vorhanden; noch weniger sei dies der Fall, wenn man berücksichtigt, daß die Wirkungen der neuen Zollgesetzgebung noch gar nicht einmal bekannt sind, und die Steuerreform noch nicht zum Abschluß gebracht ist. Die Einzellandtage würden mehr wie je im Dunkeln ihre Vorschläge machen; sie würden auf diese Weise in eine viel ungünstigere Lage gebracht werden, als sie sich gegenwärtig befinden. Die Folge davon würde sein, daß eine optimistische Finanz-Verwaltung verschwenderisch wirthschaften, eine pessimistische aber bei Bemessung der Ausgaben das öffentliche Interesse verletzen würde. Seine Partei könne nicht zugeben, daß die politischen Rechte des Reichstages eingeschränkt werden, daß die Beschwerden, die alle Jahre vor ihn gebracht werden, erst alle zwei Jahre zur Verhandlung gelangen. Er kenne weder in Europa noch in Amerika irgend einen großen Staat, dessen Verfassung nicht die alljährliche Berufung der Volksvertretung und die alljährliche Feststellung des Etats ausdrücklich bestimmt. Die Rechte des deutschen Volkes in diesem Punkte zu alteriren, das dürfe nur geschehen, wenn die dringende Nothwendigkeit dazu vorliegt, nicht aber aus praktischen Gesichtspunkten. Redner führt dann weiter aus, daß es nicht wohlgethan sei, die Entwickelung des deutschen Reiches, nachdem es gelungen ist, die zentrifugalen Kräfte in demselben in ein gewisses Gleichgewicht zu bringen, zu stören und die Festigkeit des Reiches zu erschüttern. Der Reichstag habe alle Veranlassung, die Rechte des deutschen Volkes sicher zu stellen und seinen Einfluß auf die Reichs-Verwaltung nicht einschränken zu lassen. Dazu sei es aber nothwendig, daß der Reichstag alle Jahre auf einige Monate einberufen wird, nicht im eigenen Interesse, sondern im Interesse des Gesammtwohles, das er vertritt. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Marschall (kons.): Auch die konservative Partei halte es für ihre hauptsächlichste Aufgabe, die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes zu schützen. Aber darin trennen sich ihre Wege von denen der liberalen Partei, daß sie den Schwerpunkt der Regierung nicht in das Parlament verlegen will. Die konservative Partei halte eine Verlängerung der Legislaturperiode für wünschenswerth, ebenso die Verlängerung der Etatsperiode auf zwei Jahre. Die Vereinfachung des Parlamentarismus würde dem öffentlichen Leben nur zum Wohle dienen. Dagegen sei die konservative Partei der Meinung, daß die Einberufung des Reichstages alle zwei Jahre für absehbare Zeit unausführbar ist. Der Reichstag stehe vor großen Aufgaben und gerade die konservative Partei glaube, daß die Reichs-Gesetzgebung noch lange nicht zum Abschluß gebracht werden könne. Ihr schwebe nur das eine Ziel vor, dafür zu sorgen, daß das deutsche Volk mehr und mehr sich in unserem Verfassungsleben wohl fühle und an den Früchten desselben freudigen Antheil nehme.

Abg. Dr. Reichensperger (Olpe) ist der Meinung, daß der Schwerpunkt der Vorlage in der vorgeschlagenen Aenderung des Artikel 13 liege, wonach die Berufung des Reichstages und des Bundesrathes alljährlich stattzufinden habe. Die Abänderung des Art. 69, der einjährige Budgetperioden fordert, stehe in zweiter Linie. Die alljährige Berufung sei das Fundamentalprinzip, nicht die alljährige Etatbewilligung. Irrthümlicher Weise betrachten die Liberalen das Budgetrecht als den Inbegriff der konstitutionellen Rechte. Schon ein Blick in die preußische Verfassung beweise diesen Irrthum, denn da werde ausdrücklich gesagt, daß die Steuern und Abgaben so lange forterhoben werden, bis das Gesetz anders bestimme. Redner legt dagegen die Nothwendigkeit der alljährlichen Berufung des Reichstages dar, die man kategorisch fordern müsse. Das Extraordinarium des Etats müsse von dem Ordinarium getrennt und alljährlich festgestellt werden, und zwar vor dem Budget der Einzelstaaten.

Staatssekretär v. Bötticher: Ich habe zunächst den durch seinen Gesundheitszustand an der Anwohnung der ersten Berathung zu seinem Bedauern verhinderten Reichskanzler zu entschuldigen. Eine so hohe politische Bedeutung, wie sie der Abg. v. Bennigsen dem beilegt, hat das Wiedervorlegen der Vorlage nicht, dieselbe ist im Bundesrathe nochmals gründlich erwogen und keine Stimme ist dort gegen eine Wiedervorlage laut geworden; konnte aber auch der Bundesrath bedenklich sein, eine solche Vorlage Ihnen wieder vorzulegen, nachdem im letzten Jahre dieselben Mißstände von früher in erhöhtem Maße hervorgetreten sind, und um so mehr, als hervorragende Führer des Centrums und der Freikonservativen früher selbst diese Bestimmungen gefordert hätten. Nun soll in der Möglichkeit der zweijährigen Berufung der Schwerpunkt der Vorlage zu finden sein, dies ist jedoch nicht der Fall, da die verbündeten Regierungen sogar bereit sein würden, in diesen Punkten einem abweichenden Beschluß des Reichstages nachzugeben. Was die zweijährigen Etatsperioden anlangt, so sind dieselben nach dem Urtheile aller betheiligten Finanzverwaltungen durchführbar; das Mittel, welches der Abg. Rickert anwenden will, wird dieselben Ziele nicht erreichen. Ich bitte Sie also, von den hochpolitischen Bedenken abzusehen, da entgegen der Annahme des Abg. v. Bennigsen die verbündeten Regierungen sich vollständig frei wissen von dem Vorwurf, daß ihre Absichten darauf ausgehen, die Rechte des Reichstages in irgend welcher Weise zu beeinträchtigen. Ich empfehle Ihnen deshalb die Annahme der Vorlage. (Beifall rechts.)

Abg. Stumm kann das Mißbilligen der Wiedereinbringung der Vorlage nicht begreifen, da nur in Folge des Druckes der Nachsession des preußischen Landtages im vorigen Jahre die verbündeten Regierungen damit einverstanden gewesen seien, daß diese Vorlage als weniger dringend nicht mehr zur Erledigung gelange. Schon seit Jahren sei im Hause anerkannt, daß eins der Mittel, die Beschlußunfähigkeit des Hauses zu beseitigen, das sei, auf die zweijährige Etatsberathung einzugehen, dabei sei es interessant, daß gerade diejenige Partei im Hause, die am meisten über die Zunahme der Apathie klage, die Fortschrittspartei, in den 40 ersten Sitzungen der vorigen Reichstagssession nur mit 61,3 pCt. ihrer Mitglieder anwesend gewesen sei, während unentschuldigt 19 pCt. fehlten, und das sei die Partei, von der notorisch die meisten Mitglieder in Berlin wohnen und die dem Vernehmen nach ihre Mitglieder besolde, dagegen hätten die Deutschkonservativen, von denen am wenigsten in Berlin wohnen, 84,5 pCt. ihrer Mitglieder anwesend gehabt, während nur 2,1 pCt. unentschuldigt gefehlt hätten. Das Publikum sei gerade durch diese neunmonatlichen parlamentarischen Debatten übermüdet und daher komme seine geringe Theilnahme für dieselben und der Zustand, daß eine Rede des Herrn Dr. Henrici und Richter in einem Vereine viel mehr Interesse errege als die parlamentarischen Arbeiten. Der Antrag Rickert werde es niemals ermöglichen, für Preußen zu übersichtlichen stabilen Etatsverhältnissen zu gelangen, am wenigsten werde eine Ersparniß an Zeit dadurch herbeigeführt werden; ebenso gut wie der Reichstag könne ja auch das Abgeordnetenhaus in Preußen seine Budgetberathungen beschleunigen. Was nun die Verlängerung der Legislaturperioden angehe, so würde er empfehlen, daß die Herren, die stets von der englischen Erbweisheit zu reden bereit seien, wenn es sich um Opposition handle, nun auch mit ihm für einen Antrag stimmen würden, der entsprechend den englischen Verhältnissen die Legislaturperiode von 3 auf 6 Jahre ausdehnen wolle. Wenn auch in diesem Jahre die Vorlage keine Majorität finden werde, so hoffe er, daß es damit wie mit anderen Vorlagen gehen werde, die nach öfterer Abweisung der Reichstag doch schließlich angenommen habe. (Beifall.)

Abg. Dr. Lasker geht auf die staatsrechtliche Frage der Sache ein und behauptet, der Reichstag solle degradirt werden, von einem gleichberechtigten Faktor des Bundesraths zu einem untergeordneten, und darüber solle man so leicht hinweggehen und das nicht politisch nehmen? Alles, was bisher an verfassungsmäßiger Entwickelung geschaffen, sei nicht durch Fortbildung der Gesetzgebung, sondern durch Ausbildung der Praxis geschaffen worden, und nun solle der Reichstag von diesen Rechten abgehen; dadurch falle alles das, was er bisher an verfassungsmäßiger Macht sich gesichert habe, an den Bundesrath, d. h. nach den neuesten Erklärungen des Kanzlers an diesen. Einem Zustand aber, wie einem jährlich zusammenkommenden Reichstage nur alle zwei Jahre ein Budget vorgelegt werden sollte, könne er sich gar nicht denken; wolle dann die Regierung im Geiste der Verfassung regieren, so müsse sie sofort die Etatsüberschreitungen und Rechnungen vorlegen und wenn man diese behandeln wolle wie den Etat, so würde man viel mehr Zeit gebrauchen als jetzt; man solle nur in Baiern fragen, wie es dort damit gehe. Sodann empfiehlt Redner den Antrag Rickert als den besten Ausweg. In allen Großstaaten tagten die Parlamente so lange, wie in Deutschland der Reichstag und das Abgeordnetenhaus zusammengenommen. Der Reichstag habe bis zu der unfruchtbaren Reaktionsperiode, mit der der Abg. von Marschall erst in's Haus gekommen sei, so viel geleistet wie niemals ein anderes Parlament, da für Deutschland erst vollständig neue Verhältnisse geschaffen werden mußten. Zu der geringen Theilnahme und zu dem geringen Ansehen der Vertretungskörper trage am meisten die systematische Zersetzung der Parteien durch die Regierung bei. Redner erklärt, er würde viel mehr getröstet sein, wenn eine feste Majorität mit der Regierung zusammenhalte; auch wenn diese gegen die Prinzipien gerichtet sei, die er so lange vertheidigt habe; als heute, wo eine konservativ liberale, morgen eine konservativ-centrale Majorität bestehe und Niemand wisse, wie morgen die Majorität liegen werde. Ueberhaupt werde die Möglichkeit, bald mit dieser, bald mit jener dieser beiden Majoritäten zu siegen, bald aufhören, indem die nächsten Wahlen entweder eine feste Koalition des Centrums und der Konservativen oder eine Majorität der Liberalen bringen würden. Wie man sich dann gegen häufiger wiederkehrende Auflösungen schützen wolle bei vierjährigen Legislaturperioden, gegen die Redner im Ganzen nicht viel haben würde, wenn Deutschland erst einmal zu geregelten Verhältnissen zurückgekehrt sei. Aus diesen Gründen bitte er, den Gesetzentwurf als den unpraktischsten Weg, den hervorgetretenen Mängeln abzuhelfen, Punkt für Punkt abzulehnen. (Beifall links, Zischen rechts.)

Abg. Stumm beantragt Ueberweisung an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern.

Darauf wird die Vertagung beantragt und angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Freiherr v Marschall führt gegenüber dem Abg. Lasker aus, seine Aeußerung von der Herabminderung des Ansehens des Reichstages sei lediglich so aufzufassen, daß dieses Ansehen gemindert werde, wenn im Verhältnisse zu so langen Sessionen so wenig Resultate erzielt würden, wie es schon vorgekommen sei.

Dieser Erklärung gegenüber nahm der Abg. Dr. Lasker seinen Angriff gegen den Freiherrn von Marschall zurück.

Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Berathung, Denkschrift über die Ausführung der Münzgesetze.

Schluß 4¼ Uhr.

Deutschland.

** **Berlin**, 8. März. Nach Einsicht der auf den Erlaß vom 5. Januar d. J erstatteten Berichte kann der Minister der öffentlichen Arbeiten, wie derselbe in einem Erlaß vom 2. März ausspricht, die zur Zeit für einzelne Strecken stattfindende Berechnung besonderer Zuschläge zu den reglementsmäßigen Lieferfristen im Verkehr der unter Staatsverwaltung stehenden Bahnen im Allgemeinen nicht mehr für gerechtfertigt erachten. Es muß vielmehr für den Lokal- und Wechselverkehr jener Bahnen dafür Sorge getragen werden, daß die Güterbeförderung in dem gesammten vom Staat verwalteten Eisenbahnnetz zu den regelmäßigen Lieferfristen prompt ausgeführt werde, ohne für einzelne Strecken besondere Zuschläge in Anspruch zu nehmen. Wenn die betheiligten Verwaltungen glauben, die bisher ihnen gestatteten Zuschläge für einzelne Verbindungsbahnen im Verkehr mit anderen nicht unter diesseitiger Staatsverwaltung stehenden Bahnen auch fernerhin nicht entbehren zu können, so kann es bis auf Weiteres hierbei sein Bewenden haben. Für den Lokal- und Wechselverkehr sind jedoch die Zuschläge, soweit dieselben für Verbindungsbahnen und Trajektanstalten bisher berechnet sind, vom 1. April d. J. in Wegfall zu bringen. Für die Zeit der Messen in Frankfurt a. M., Cassel, Leipzig und Frankfurt a. O. können die bisher gestatteten Zuschlagsfristen bis auf Weiteres mit der Maßgabe beibehalten merden, daß dieselben überall für die Zeit von 14 Tagen vor bis 8 Tagen nach den Messen gelten. Die Zuschlagsfrist für Frankfurt a. O. ist zugleich von 3 Tagen auf einen Tag einzuschränken. Die Zuschlagsfristen von je einem Tage für die kurzen Wollmarktsperioden in Berlin und Posen sind zu beseitigen, sofern nicht erhebliche Gründe für die fernere Berechnung derselben vorliegen.

Durch den Staatshaushalts-Etat für 1881/82 ist bestimmt worden, daß in der Folge die Gehälter der Kreis- und Amtssekretäre, unter Beibehaltung des bisherigen Durchschnittssatzes von jährlich 2700 M., im Maximum um 300 M., also von 3300 M. auf 3600 M. zu erhöhen und dagegen im Minimum um 300 M., also von 2100 M. auf 1800 M. zu ermäßigen sind. Mit Be-

zug hierauf hat der Minister des Innern die königlichen Regierungen angewiesen, den vom 1. April d. J. ab etatsmäßig anzustellenden Kreis- und Amts-Sekretären nur ein Gehalt in Höhe von 1800 M. jährlich zuzubilligen und auch denjenigen Beamten, welche von jetzt ab mit der interimistischen Verwaltung einer solchen Stelle beauftragt werden, nicht mehr als die genannte Summe zu gewähren. Die anderweite Abstufung der Gehälter der Kreis- und Amts-Sekretäre auf die Sätze von 1800 M. bis 3600 M. wird allmälig in dem Maße zur Ausführung kommen, in welchem die Mittel dazu bei dem Eintritt von Vakanzen verfügbar werden.

Ausland.

Paris, 5. März. Am 12. März giebt der hiesige deutsche Quartett-Verein ein Konzert zum Besten der deutschen Armenschulen von Paris (Villette 93, Rue de Crimée). Dieses Unternehmen fand zuerst in der hiesigen deutschen Kolonie keinen rechten Anklang, weil diese deutschen Armenschulen rein protestantisch sein sollten. In der Zwischen-Zeit ist aber der Art. 6, der den protestantischen Religions-Unterricht obligatorisch machte, abgeändert worden, so daß er heute folgendermaßen lautet: „Der Religions-Unterricht ist der evangelische, doch finden auch Schüler anderer Konfessionen in der Schule Aufnahme und können auf Verlangen vom Religions-Unterricht entbunden werden.“ Die Zahl der Eintrittskarten, welche für das Konzert des Quartett-Vereins bis jetzt verkauft wurden, ist so groß, daß, wenn alle Abnehmer sich einstellen sollten, nur die Hälfte Platz finden würde. An der Spitze dieses Unternehmens stehen Baron von Thielmann, deutscher Botschaftsrath, der Pfarrer Frisius, Rumpf, Grub und Eisenmann. Diese Herren sind alle protestantisch, aber auch Ehrenmänner, die ihrem neuen Programm getreu bleiben und die deutschen Armenschulen nicht dazu benutzen werden, konfessionelle Propaganda zu machen.

Rom, 7. März. Nunmehr liegen Details über das furchtbare Erdbeben vor, welches einen Theil der bei Neapel gelegenen Insel Ischia heimsuchte und den bekannten reizenden Badeort Casamicciola fast gänzlich zerstörte. Der erste Erdstoß war bemerkbar um 1 Uhr 30 Minuten Nachmittags. Die große Uhr in Casamicciola blieb sofort stehen. Die Bewegung war wellenförmig ruckweis und kreiswirbelförmig. Ganze Gebäude stürzten urplötzlich zusammen. Auf den Gassen öffneten sich Spalten von unabsehbarer Tiefe. Mehrere Häuser bekamen augenblicklich Risse von Mannesbreite. Die Bewohner stürzten wie Wahnsinnige in's Freie. Voll Verzweiflung schrien und suchten die Menschen nach ihren fehlenden Angehörigen.

Die kleine Garnison des Städtchens Ischia, eine Kompagnie Infanterie mit dem Hauptmann Norsini, eilte sofort nach dem Unglücksorte, dem benachbarten Casamicciola, welches die Hauptresidenz aller Fremden auf der Insel Ischia ist.

Die Soldaten arbeiteten heldenmüthig unter fortwährender Lebensgefahr, um die Menschen aus den Trümmern hervorzuziehen. Beim Forttragen in ein improvisirtes Krankenhaus bestanden die Soldaten förmliche Kämpfe mit den vor Schmerz wahnsinnig gewordenen Weibern und Männern, welche Verwandte auf den Bahren vermutheten und sie den Soldaten zu entreißen versuchten.

Die hereinbrechende Nacht erhöhte die Schreckensszenen. Die Arbeiten mußten einige Zeit eingestellt werden, um nicht sämmtliche Arbeiter und Soldaten beim Aufräumen dem sicheren Tode auszusetzen. Nothgedrungen hatte man auch fünfzig Sträflinge zur Rettungsarbeit herbeiziehen müssen.

Gegen Abend trafen drei Kriegsdampfer mit Aerzten, Genieoffizieren, Sappeurs und 300 Soldaten aus Neapel ein; auch der Präfekt von Neapel erschien.

Der Genieoberst ließ trotz der Dunkelheit während der Nacht die Rettungsarbeiten bei Fackelschein wieder aufnehmen.

Um 5 Uhr Morgens hatte man bereits 53 Leichen hervorgezogen. Offiziere, Soldaten und Obrigkeit thaten ihre Pflicht mit bewundernswerther Selbstverleugnung. Bei Sonnenaufgang bot sich ein entsetzlicher Anblick dar. Wie toll irrten die unglücklichen Bewohner am Meeresstrande umher. Im Zollhause lagen die Leichen aufgeschichtet. Von Zeit zu Zeit verkündete dumpfer Donner den Einsturz der Häuser. Händeringende Weiber, geängstigte Kinder heulen und schluchzen in herzzerreißender Weise. Jeden Augenblick werden Todte und Verwundete aus dem Schutte auf Bahren von Soldaten in's Freie geschafft.

Das Stadthaus ist eingestürzt, der ganze obere Theil von Casamicciola, mit den prachtvollen Gasthäusern, das Paradies der Fremden, ist ein Schutthaufen und ein Bild des Jammers. Das untere Casamicciola hat weniger gelitten. Zwei Badeanstalten, jene von Manzi und Belliazzi, blieben unberührt.

Die Regierung ließ für den ersten Augenblick der Noth sofort Geld vertheilen an die Obdachlosen. Die Verwundeten wurden in das große Hospital Pellegrini zu Neapel übergeführt. Viele Bewohner verloren plötzlich den Verstand vor Schreck.

Mit Ausnahme des Dorfes Lacco Ameno blieben alle übrigen Ortschaften auf der Insel Ischia, auch die Stadt Ischia selbst unversehrt. Das Erdbeben war ziemlich isolirt und beschränkte sich auf den berühmten Mineral-Badeort Casamicciola, dessen 4000 Einwohner Alles verloren haben. Der Seismograph auf dem Vesuv-Observatorium markirte merkwürdiger Weise das Erdbeben nicht.

Drei Kriegsdampfer: „Esploratore“, „Laguna“ und „Mario Pagano“ erhalten ununterbrochen den Hülfedienst mit Neapel, wo die außerordentliche Bestürzung fortdauert. Von Rom sind nachträglich noch zwei Kompagnien Genietruppen abgegangen, um weiterem Einstürzen der Häuser vorzubeugen. Der Schaden Casamicciolas ist bei der kaum begonnenen Badesaison immens. Von den prachtvollen Gasthäusern des oberen Stadttheiles am Abhange des alten Vulkans Epomeo soll nur noch das Hotel Sentinella bewohnbar sein (Anm. d. Red. Eine von gestern Mittag datirte Depesche meldet bekanntlich, daß ein neuer Erdstoß weiteres Unheil anrichtete und die versehrten Häuser vollends zerstörte. 140 Todte und 177 Verwundete sind bis jetzt aus den Trümmern gezogen.) (B. T.)

Provinzielles.

Stettin, 9. März. Aus den Zinsen der von dem königlichen Hoflieferanten Kommissions-Rath Hoff in Berlin gegründeten Stiftung, welche gegenwärtig aus 7950 M. in zinstragenden Papieren besteht, werden nach dem Wunsch des Stifters alljährlich am Geburtstage Sr. Majestät des Kaisers und Königs hülfsbedürftigen Veteranen der Feldzüge von 1813—15 und Soldaten, welche bei der Erstürmung der Düppeler Schanzen invalid geworden sind, beschenkt. In diesem Jahre erhalten 12 Veteranen der Feldzüge von 1813—15 und 4 bei Düppel invalid gewordene Soldaten ein Geldgeschenk von je 18 M., und zwar aus unserer Provinz: Joachim Fink aus Ueckeritz, Kreis Usedom-Wollin, und Friedrich Grohn zu Schwedt a. O.

— Läge Torney nicht auf einem Berge, so stände den Bewohnern desselben wahrscheinlich eine Ueberschwemmung in optima forma in Aussicht. So aber sollten sie vor einer zweiten Sündfluth verschont bleiben und nur in die nicht minder bejammernswerthe Situation gelangen, von Stettin durch einen plötzlich aus der Tiefe der Erde an der Oberfläche erscheinenden Riesensee — vielleicht eine Filiale des Damm'schen See's — abgeschnitten zu werden. In der Krekowerstraße, in der Nähe des Zimmerplatzes von W. Schultz, ist am Dienstag dieses Naturwunder zu Tage getreten, das, da Abflüsse durch Rinnsteine nicht vorhanden sind, noch längere Zeit eine Sehenswürdigkeit Torneys bleiben wird. Spekulanten sollen bereits allerhand Pläne bearbeitet haben, um vielleicht in Form einer Aktien-Gesellschaft daselbst eine Dampferlinie oder schwebende Brücken zu errichten. Dampfbagger sind zu schwer nach dort zu transportiren, sonst würde ein anderer Unternehmungslustiger den See ausbaggern und auf seinem à la Nil gewiß fruchtbaren Boden Gärten und Plantagen anlegen. Drücken wir uns hiernach etwas deutlicher aus, so befindet sich der Weg nach Neu-Torney bei dem wieder eingetretenen Thauwetter in einem geradezu unpassirbaren Zustande. Der Bürgersteig steht auf über hundert Schritte ganz unter Wasser. Während des langen Frostwetters, welches wir diesen Winter gehabt, wäre doch wirklich Zeit genug gewesen, den Weg gehörig in Stand zu setzen. Jetzt sind allerdings einige wenige Arbeiter damit beschäftigt, dem Wasser einen Ablauf zu schaffen u. s. w. Wie lange dieselben aber brauchen werden, um damit zu Ende zu kommen, und wie lange daher die ca. 3000 Einwohner von Neu-Torney noch gezwungen sein werden, durch den Schmutz zu waten, ist vorläufig noch nicht abzusehen. Augenblicklich ist es so weit gekommen, daß die Arbeiter, welche diese Wegeverbesserung auszuführen haben, die den Weg passirenden Kinder durch den Schmutz hindurchtragen. So sehr Letzteres aber auch anzuerkennen, wäre es doch wohl Aufgabe unseres Magistrats gewesen, bei Zeiten etwas für den Weg zu thun. Unsere Polizei-Direktion würde sich jedenfalls den Dank aller Einwohner Neu-Torney's erwerben, wenn sie sich von dem jetzigen Zustande des Weges einmal genau überzeugen und dann, da gütliche Vorstellungen bei dem Magistrat wenig geholfen zu haben scheinen, denselben auf amtlichem Wege zu einer besseren Instandhaltung des Weges anhielte. Nicht besser steht es übrigens auch mit der Querstraße. Dieselbe sollte schon seit lange mit einer ausreichenden Kiesschüttung versehen sein, aber auch daran ist, trotzdem die Straße gerade von Schulkindern sehr stark benutzt wird, noch immer nichts geschehen.

— Die heutige Sitzung der Strafkammer des Landgerichts begann mit einer Anklage wegen strafbaren Eigennutzes gegen den Maurer Gräber und die unverehelichte Groß aus Bredow, dieselben wurden jedoch freigesprochen, nachdem der Eigenthümer Brinkmann aus Bredow, welcher die Denunziation gegen dieselben eingereicht hatte, bei seiner heutigen Vernehmung zugestehen mußte, daß er die Sachen der Angeklagten gar nicht mit Beschlag belegt hatte. Da demnach die von Brinkmann eingereichte Denunziation mindestens auf grober Fahrlässigkeit beruht, wurde derselbe auf Grund des § 501 der Strafprozeß-Ordnung zur Zahlung der entstandenen Kosten verurtheilt.

Der 50jährige Bernh. Alb. Haase aus Biesenthal hat in seiner Jugend die Handlung erlernt, ist aber nicht lange dem Kaufmannsstande treu geblieben, sondern hat es vorgezogen, die Bahn des Verbrechens zu betreten und sein ganz erhebliches Strafkonto beweist, daß er dabei eine große Thätigkeit entwickelt hat, denn er hat bereits wegen Landstreichens, Bettelns, Diebstahls, Hehlerei, Betrugs, Fälschung und Meuterei längere Strafen im Korrektionshaus, Gefängniß und Zuchthaus verbüßt. Seit dem 12. Juni v. J. trieb sich derselbe wieder bettelnd in der Provinz herum und kam am 16. Dezember nach dem Dorfe Linde, dort bettelte er bei einem Bauer und entwendete dabei einen Rock. Deshalb war er heute wieder wegen Diebstahl's, Bettelns und Landstreichens angeklagt und wurde mit Rücksicht auf seine Vorstrafen gegen ihn auf 2 Jahr Zuchthaus, Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht, 6 Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizei erkannt.

Demnächst betrat ein Angeklagter die Anklagebank, dessen Persönlichkeit bisher nicht festgestellt werden konnte. Er selbst nennt sich Traugott Pohl und giebt an, in Lebra gebürtig zu sein, in welchem Orte seine Eltern als gymnastische Künstler bei seiner Geburt Quartier genommen hätten. Er will selbst „Künstler“ und nur einmal wegen Unfuges mit 8 Tagen Gefängniß bestraft worden sein. Da jedoch in Lebra nach den Kirchenbüchern nichts von der Geburt desselben bekannt ist und sich annehmen läßt, daß hinter dem „Künstler Pohl“ ein Verbrecher steckt, beschloß der Gerichtshof, die Sache zu vertagen und erst zur Ermittelung der Persönlichkeit die nöthigen Recherchen anzustellen, besonders denselben photographiren zu lassen und die Bilder zur Rekognoszirung an Zuchthäuser zu senden.

Kunst und Literatur.

Der Parlamentarismus wie er ist. Von Lothar Bucher. 1881. (5 M.) Verlag von Karl Krabbe in Stuttgart.

Diese hochinteressanten Memoiren eines dem Reichskanzler so nahestehenden Mannes werden nicht verfehlen, großes Aufsehen zu machen. Wie der Verfasser im Vorwort selbst sagt, fällt die Entstehung des Buches in die beginnende Umwandlung der demokratischen Partei, der er 1848 angehört hatte; dasselbe bezeugt zugleich die Umwandlung, die mit ihm selbst vorging und vorgehen mußte, weil er reiche Gelegenheit zum Lernen fand und benutzte. Die Tendenz der Schrift ist gegen die mythologischen Vorstellungen gerichtet, welche die deutschen Altliberalen und auch die Demokraten von dem englischen Staatswesen hatten, gegen die monotone Forderung nach „Parlamentarismus auf allen Gebieten“ und gegen die falsche Annahme, daß die englische Verfassung das unübertreffliche Muster einer solchen, und daß es möglich sei, diese aus lauter Kompromissen entstandene, England auf den Leib zugeschnittene Verfassung ohne Weiteres auf kontinentale Zustände, wo alle Grundlagen hierfür fehlen, überzutragen. Da ähnliche Vorstellungen noch heute existiren und ähnliche Forderungen noch jetzt gestellt werden, trotzdem daß wir bereits Parlamentarismus auf allen Gebieten haben, so ist die Publikation heute sehr zeitgemäß. Manche Verhältnisse scheinen sich ähnlich wie 1852—54 zu entwickeln und mancher Satz in der Schrift wird vielleicht als Prophezeiung sich bewahrheiten und zitirt werden. Wir empfehlen die Lektüre dieses Buches, das sich durch Klarheit der Darstellung und durch einen äußerst lebendigen, fesselnden Stil in hohem Grade auszeichnet, allen Gebildeten. [34]

Vermischtes.

— Der Verein für Feuerbestattung in Berlin hielt am Freitag Abend im Saale des Gesellschaftshauses eine Versammlung ab, welche namentlich durch den Vortrag eines Herrn R. Schneider viel des Interessanten bot. Bevor der Herr Vorsitzende den Redner der Versammlung vorstellte, richtete er an die anwesenden Vertreter der Presse die Bitte, sich mit der Angelegenheit recht eingehend zu beschäftigen und hob anerkennend hervor, daß die rege Theilnahme, die die Bewegung für Einführung der Leichenverbrennung oder sogenannter Feuerbestattung allenthalben gefunden, namentlich auch der Stellungnahme der Presse und zwar der hervorragendsten Organe derselben zu danken sei. Auch für Alle, die zu der Frage noch nicht entschieden Stellung genommen haben, dürfte es von hohem Interesse sein, die Ausführungen des Herrn Schneider zu erfahren und somit einen Blick in das System der Leichenverbrennung, wie sie speziell in Gotha gehandhabt wird, zu thun. Wie wir aus dem Vortrage des Herrn Schneider entnehmen, bedient man sich dort eines sogenannten Regenerativ-Ofens, System Siemens, welcher vor Verbrennungs Apparaten, wie solche in Italien zur Anwendung kommen — in Italien ist die Feuerbestattung bekanntlich schon sehr en vogue — ganz außerordentliche Vorzüge besitze. In einem solchen Ofen erreiche man eine rauch- und geruchlose Verbrennung, bei der jede Verkohlung einzelner Körpertheile ausgeschlossen sei und die Rückstände, Asche 2c, einen das Gefühl der Hinterbliebenen nicht verletzenden Anblick bieten. Redner zeigte den Versammelten die Asche eines in einem Siemens'schen Ofen verbrannten Pferdes und zweier Hunde, welche in Glaskrausen aufbewahrt war; dieselbe sah weiß aus und war mit einzelnen ebenso aussehenden schon durch die leiseste Bewegung leicht zerbröckelnden Knochensplittern vermischt. Aus dem ebenfalls von Herrn Schneider gezeigten und eingehend erklärten Modell des Ofens, der mit Gas geheizt wird und mit einem Vorwärmer versehen ist, konnte man sich sehr leicht ein Bild machen, in welcher Weise der Prozeß der Leichenverbrennung nach diesem System vor sich geht. Da es ja die Rücksichten für die Leidtragenden wünschenswerth erscheinen lassen, den Akt der Verbrennung möglichst abzukürzen, Holzsärge aber der Flamme größeren Widerstand entgegensetzen als Metallsärge, so wird die für die Verbrennung bestimmte Leiche gewöhnlich in einen Zinksarg gebettet, dem ein Holzsarg nur für den Leichentransport als Hülle dient. Der Zinksarg verbrennt überaus rasch, nachdem er durch die Einführungsthür auf den im oberen Theil des Ofens befindlichen Rost, aus feuerfesten Steinen bestehend, gerollt worden ist. Die Asche fällt zwischen den Rostlagen hindurch nach einem unten befindlichen Aschenfang, aus dem sie dann herausgenommen wird, um in einer Urne Aufbewahrung zu finden. Die so erhaltenen irdischen Ueberreste repräsentiren, je nach der Körpergröße des Verstorbenen, 1, 1½—2 Kilogramm und ein Volumen, welches in einem bis zu 2 Liter fassenden Gefäß bequem Platz findet. „Denken Sie sich“, so ungefähr schloß Herr Schneider seinen vortrefflichen Vortrag, „eine schöne, dem ernsten Zwecke entsprechende Halle, an welche sich seitlich die verschiedenen Räume, Zimmer für den Geistlichen, Arzt, Beamten u. s. w. befinden und die Kolumbarien sich anschließen. In der Mitte der Halle erhebt sich ein Katafalk, auf welchen der Sarg niedergelassen wird. Nach Verlauf der entsprechenden Feierlichkeit öffnet sich vermittels eines unsichtbaren Mechanismus der Katafalk. Der Sarg wird wie in eine Gruft hinabgesenkt und kommt so auf den kleinen Wagen zu stehen, welcher ihn nach dem unterirdisch angebrachten Ofen befördert, während der Katafalk sich wieder schließt. Durch Nichts wird das Gefühl beleidigt, denn der Anblick der Asche, welche nach Beendigung des Verbrennungs-Prozesses im Beisein eines Beamten und eines Verwandten oder Freundes aus dem Aschenraum entnommen und in einer Urne aufbewahrt wird, kann unmöglich das Gefühl der Hinterbliebenen so aufregen, wie das Dröhnen der auf den Sargdeckel herabfallenden Erde.“ Der Redner machte zum Schluß noch einige Mittheilungen über den Kostenpunkt. Die Anschaffung des Ofens würde sich hiernach auf 12,000 Mk. stellen, während die Kosten für das zur Verwendung kommende Brennmaterial verschwindend klein sein dürften.

Handelsbericht.

Berlin, 7. März. (Bericht über Butter und Eier von J. Bergson und Alfred Orgler.)

Ueber die Lage des Buttermarktes ist wenig Erfreuliches zu melden. Der andauernde Winter erweist sich dem Geschäft sehr nachtheilig und an eine durchgreifende Besserung desselben ist vor Eintritt wärmerer Frühjahrswitterung schwerlich zu denken. Flaue Berichte, sowie mangelnde Aufträge von England veranlaßten in feinsten Holsteinern und Mecklenburgern einen Preisrückgang von 8 Mark per 50 Kilo und trotz dieser Reaktion wollte sich das Geschäft nicht beleben. An unserem Platze ist es auch still geblieben, Käufer nehmen nur für den dringendsten Bedarf und von größeren Transaktionen verlautete Nichts. Am meisten blieb noch feinste Butter gefragt, welche nicht genügend zugeführt wurde, während Mittel- und geringe Sorten wenig Beachtung fanden.

Es notiren ab Versandtorte: Feine und feinste Holsteiner und Mecklenburger 125—135 M., Mittel- 120 M., ost- und westpreußische Gutsbutter 117—135 M., pommersche Land- 92 M., pommersche Pächterbutter 98 M., Litthauer 90—93 M., Netzbrücher 90—93 M., Thüringer 88—100 M., hessische 88—100 M., baierische Land- — M., baierische Sennbutter 95 M., schlesische 89 M., schlesische feine und feinste — M., ungarische, galizische, böhmische und mährische 80—90 M., polnische 93 M. per 50 Kilo. Letztere 5 Sorten franko hier.

An der Eierbörse vom 3. d. mußte Preis in Anbetracht der größeren Produktion nachgeben und kam mit M. 3,30 per Schock zur Notiz. An heutiger Börse stellte sich Preis auf M. 3,10 per Schock.

Detailpreis M. 3,20 per Schock.

Telegraphische Depeschen.

Prag, 8. März. Seit gestern Abend 11 Uhr ist der Eisgang hier und seit heute früh 5 Uhr bei Melnik in vollem Gang bei 1 / Metern über normal.

Paris, 8. März. Der Minister der Posten und Telegraphen, Cochéry, hat bei den auswärtigen Eisenbahnverwaltungen Schritte gethan, um die neuen Bestimmungen für den Postpacketdienst, deren Ausführung ursprünglich für den 1. Oktober in Aussicht genommen war, bereits am 1. Mai ins Leben treten zu lassen.

Paris, 8. März. Die Deputirtenkammer zog den Gesetzentwurf betreffend die Durchbohrung des Simplon in Erwägung.

Der Senat genehmigte den Zoll von 6 Frcs. für Weine und von 30 Frcs. für Alkohol.

London, 8. März. Unter den Schiffen, welche an der schottischen Küste gescheitert sind, befindet sich auch die Bremer Bark „Friedrich Pethes“. 10 Mann von der Besatzung sind ertrunken, einer wurde gerettet.

London, 8. März. Unterhaus. Fortsetzung. Auf eine weitere Anfrage erwiderte der Premier Gladstone, die Regierung habe keine Instruktionen ertheilt, bei den Boern eine Waffenruhe zu beantragen, sie billige indessen das Verhalten des Generals Wood. Die Regierung könne nicht versprechen, daß das Parlament vor dem Friedensschlusse mit den Boern Gelegenheit haben solle, über die Friedensbedingungen zu debattiren. Churchill kündigte hierauf an, er werde morgen die Anfrage an die Regierung richten, ob bei der gegenwärtigen Lage der Dinge die in der Thronrede in Aussicht genommene Vindizirung der Autorität der Königin erreicht worden sei. Hierauf wurde die Spezialberathung der irischen Waffenbill fortgesetzt.

Dublin, 8. März. Heute hat die erste Verhaftung seit der Proklamirung des Inkrafttretens der Bestimmungen des Zwangsgesetzes stattgefunden. Verhaftet wurde ein Negociant Namens Walsh aus Castlebar, ein hervorragendes Mitglied der Agrarliga.